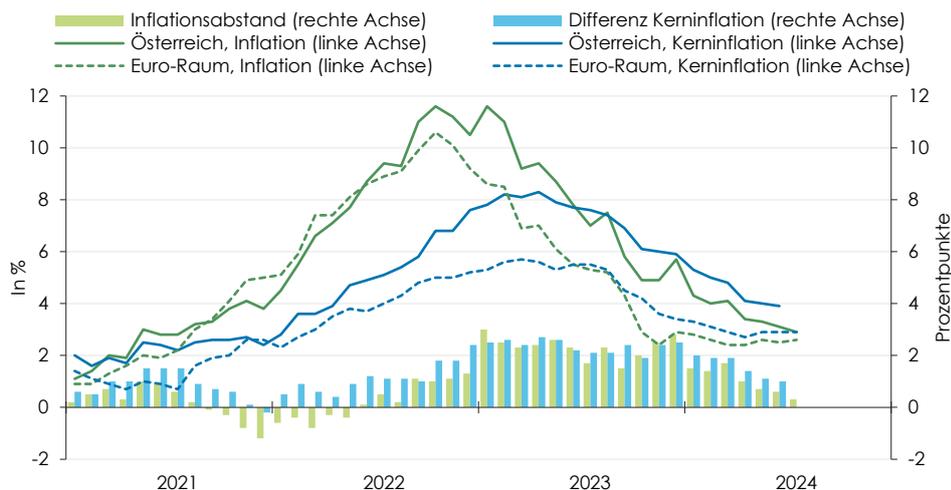


Überinflation in Österreich eingedämmt

Stefan Schiman-Vukan

- Die Wirtschaft der USA wuchs im II. Quartal 2024 robust. In China verlor die Konjunktur an Schwung. In der EU verzeichnete Spanien ein besonders lebhaftes Wachstum, während Deutschlands Wertschöpfung schrumpfte.
- Nach einer überraschenden Leitzinserhöhung in Japan brachen die Aktienkurse ein. Auch in Europa und den USA kam es zuletzt zu deutlichen Kursrückgängen.
- In Österreich stagnierte das reale BIP im II. Quartal. Rückgängen in der Industrie und im Bauwesen stand eine leichte Expansion im Dienstleistungssektor gegenüber.
- Die Inflationsrate hat sich im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes normalisiert, ist jedoch noch überdurchschnittlich.
- Die Stimmung in den heimischen Unternehmen ist äußerst pessimistisch, insbesondere in der Sachgütererzeugung.
- Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Beschäftigung nahmen im Vorjahresvergleich zu, letztere vor allem im öffentlichen Sektor und unter Frauen ab 60 Jahren.

Inflation in Österreich und dem Euro-Raum



"Die Überinflation in Österreich ist eingedämmt. Kumuliert war der Verbraucherpreisanstieg der letzten Jahre jedoch wesentlich kräftiger als im Euro-Raum."

Mit der Verlangsamung des Preisauftriebes verkleinerte sich in den letzten Monaten auch der Abstand der Inflationsraten zwischen Österreich und dem Durchschnitt des Euro-Raumes (Q: Eurostat, Macrobond. Juli 2024: Schnellschätzung).

Überinflation in Österreich eingedämmt

In Österreich stagnierte das reale BIP im II. Quartal 2024. Rückgängen in der Industrie und im Bauwesen stand eine leichte Expansion im Dienstleistungssektor gegenüber. Die Inflationsrate hat sich im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes normalisiert. Die Stimmung in den heimischen Unternehmen ist jedoch äußerst pessimistisch, insbesondere in der Sachgütererzeugung. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Beschäftigung nahmen im Vorjahresvergleich zu, letztere vor allem im öffentlichen Sektor und unter Frauen ab 60 Jahren.

Trotz zahlreicher Leitzinserhöhungen in den letzten beiden Jahren blieb die Wirtschaft der USA im II. Quartal 2024 auf Wachstumskurs, nicht zuletzt wegen der expansiven Fiskalpolitik und günstiger Altkredite. In China verlor die Konjunktur an Schwung, was die Zentralbank zu Zinssenkungen veranlasste. Japans Zentralbank erhöhte unterdessen überraschend den Leitzinssatz und löste damit Verwerfungen auf den Aktienmärkten aus, die auf Börsen in anderen Ländern übergriffen. In der EU wuchs das BIP im II. Quartal moderat, wobei sich die Konjunktur in Spanien erneut als besonders lebhaft erwies, während Deutschlands Wirtschaftsleistung leicht abnahm.

In Österreich stagnierte das reale BIP im II. Quartal sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahr. Während die Wertschöpfung in der Industrie und im Bauwesen weiter schrumpfte, expandierten die Dienstleistungsbranchen leicht, insbesondere die öffentlichen. Investitionen in geistiges Eigentum dürften als einzige Nachfragekomponente im Vorjahresvergleich zugelegt haben, während vor allem die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zurückgingen.

Die Inflationsrate hat sich im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes normalisiert, der Abstand verkleinerte sich von 2,8 Prozentpunkten im Dezember 2023 auf 0,3 Prozentpunkte im Juli 2024. Kumuliert war der Verbraucherpreisanstieg der letzten Jahre jedoch wesentlich kräftiger als im Euro-Raum. Die Überinflation war durch eine lebhaftere Nachfrage nach Freizeit- und Tourismusdienstleistungen, fiskalpolitische Maßnahmen und kräftige Lohnerhöhungen verursacht worden. Die Lohnquote ist seit Anfang 2023 stark gestiegen, während die Kapitaleinkommen kontinuierlich geschrumpft sind.

Die Stimmung der heimischen Unternehmen ist nach wie vor äußerst pessimistisch, insbesondere in der Sachgütererzeugung. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist seit einem Jahr unverändert niedrig. Immer mehr Unternehmen beobachten eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition, vor allem auf den Auslandsmärkten.

Die Arbeitslosigkeit stieg zuletzt weiter an, die saisonbereinigte Arbeitslosenquote war im Juli mit 7,1% um 0,9 Prozentpunkte höher als am letzten Konjunkturwendepunkt. Die Beschäftigung nahm im II. Quartal gegenüber dem Vorjahr weiter zu, wobei fast alle neuen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor entstanden. Unter Frauen ab 60 Jahren hat sich das Beschäftigungswachstum seit der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters im Jänner 2024 beschleunigt. Weitere angebotsseitige Impulse resultieren aus dem Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland und der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.

1. Hochkonjunktur in den USA

Die expansive Fiskalpolitik und alte Fixzinskredite kompensieren in den USA bislang die Auswirkungen der strafferen Geldpolitik.

In den USA hielt die günstige Konjunktur zuletzt an. Laut ersten Berechnungen wuchs das BIP im II. Quartal um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Neben dem privaten Konsum trugen vor allem die Ausrüstungsinvestitionen zum Wachstum bei. Auch die Verteidigungsausgaben nahmen kräftig zu. Die Bauinvestitionen waren hingegen leicht rückläufig, sowohl im Wohnbau als auch in anderen Segmenten. Im Vorjahresvergleich betrug das reale Wirtschaftswachstum im II. Quartal 3,1%. Es ist damit seit einem Jahr unverändert hoch.

Die kräftigen Leitzinserhöhungen seit dem Frühjahr 2022 belasten die Konjunktur bislang nicht. Das liegt zum einen an der expansiven Fiskalpolitik und zum anderen daran, dass noch immer viele private Haushalte und Unternehmen von alten Krediten mit niedriger Verzinsung profitieren. Der jüngste Anstieg der Arbeitslosenquote auf etwas über 4% dürfte mit der lebhaften Expansion des Arbeitskräfteangebots zusammenhängen, zumal das Beschäftigungswachstum noch nicht merklich abgenommen hat. Die Verbraucherpreisinflation betrug im Juli, gemessen am Deflator des privaten Konsums, 2,5% und näherte sich damit dem Inflationsziel der Federal Reserve an. Diese beließ den Leitzinskorridor bei ihrer Sitzung im Juli unverändert bei 5,25% bis 5,50%.

2. Abschwung auf dem Immobilienmarkt dämpft privaten Konsum in China

In China verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2024 auf 0,7% gegenüber dem Vorquartal (+4,7% gegenüber dem Vorjahr). Vor allem der private Konsum entwickelte sich schwächer. Angebotsseitige Anreize und eine robuste Auslandsnachfrage begünstigten hingegen die Investitionen in der Sachgütererzeugung, während die Bauinvestitionen weiter schrumpften. Die Verbraucherpreisinflation blieb mit 0,2% auch im Juni schwach. Vor diesem Hintergrund senkte die chinesische Zentralbank die Leitzinssätze um jeweils 0,1 Prozentpunkte. Der Zinssatz für siebentägige Reverse-Repo-Geschäfte wurde auf 1,7% gesenkt, der Zinssatz für einjährige Kredite auf 3,35% und jener für fünfjährige Kredite auf 3,85%.

In Japan wurde der Leitzinssatz erstmals seit 2007 angehoben. Die nationalen Aktienindizes brachen daraufhin ein.

Unterdessen hob die japanische Zentralbank den Leitzinssatz zum zweiten Mal seit März 2024 auf nunmehr 0,25% an. Die Inflationsrate liegt seit gut zwei Jahren über 2%, im Juni betrug sie 2,8%. Die Kerninflationsrate lag seit Anfang 2023 über 2% (Juni 1,9%). Es handelt sich um die ersten Zinserhöhungen seit 2007. In den letzten 25 Jahren lag der Leitzinssatz zumeist zwischen –0,1% und +0,1%, lediglich während der Hochkonjunktur vor der Weltwirtschaftskrise 2008/09 kletterte er vorübergehend auf 0,5%. Nachdem bereits in den letzten Monaten Maßnahmen zur Deckelung langfristiger Zinssätze aufgehoben wurden, ist die Leitzinserhöhung ein weiterer Schritt zur Normalisierung der Geldpolitik. An den Finanzmärkten war der erneute

Zinsschritt nicht erwartet worden. Der Nikkei-Index brach in den folgenden drei Tagen im Vergleich zum bisherigen Jahresverlauf um rund ein Fünftel ein. Dies führte auch in anderen Ländern zu Verwerfungen an den Börsen.

3. Euro-Raum: Deutschland und Österreich schwächeln

In der EU und im Euro-Raum betrug das Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2024 laut Eurostat-Schnellschätzung 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Somit lag das reale BIP um 0,7% bzw. 0,6% über dem Vorjahresniveau (saisonbereinigt). Als besonders kräftig erwies sich erneut die Konjunktur in Spanien (+2,9% gegenüber dem Vorjahr). Frankreich und Italien expandierten um rund 1%, während die Wirtschaftsleistung Deutschlands um 0,1% niedriger ausfiel als im Vorjahr.

Die Stagnation in Deutschland und Österreich ist vor allem dem Schrumpfen der Industrie und der Bauwirtschaft geschuldet.

In Österreich stagnierte das reale BIP sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahr. Ein weiterer Wertschöpfungsrückgang im sekundären Sektor (Industrie und Bauwesen) wurde durch eine leichte Expansion der Dienstleistungen kompensiert. Aber auch innerhalb des umfangreichen tertiären Sektors verlief die Entwicklung unterschiedlich. Stabilisierend wirkten vor allem die öffentlichen Dienstleistungen, aber auch einige weniger konjunktursensible Branchen des privaten Sektors. Verwendungsseitig dürften im II. Quartal lediglich die Investitionen in geistiges Eigentum höher gewesen sein als im Vorjahr. Alle anderen Nachfragekomponenten schrumpften, insbesondere die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen. Der öffentliche Konsum war in etwa gleich hoch wie im Vorjahr.

Abbildung 1: Lohnquote, bereinigt



Q: Statistik Austria, WIFO. Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). Saison- und arbeitstagbereinigte Quartalsdaten bis zum II. Quartal 2024 (Schnellschätzung).

In Österreich ist die Lohnquote seit Anfang 2023 rasant angestiegen. Die Kapitaleinkommen schrumpften dagegen beständig.

Die Wachstumslücke zwischen den Lohn- und den Kapitaleinkommen vergrößerte sich im II. Quartal weiter. Die Arbeitnehmerentgelte behielten ihren Aufwärtstrend bei und lagen um 8,2% über dem Vorjahresniveau. Die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen schrumpften hingegen neuerlich und lagen bereits um 4,6% unter dem Vorjahreswert. Die Lohnquote ist seit Anfang 2023 ungewöhnlich stark gestiegen (Abbildung 1). Dies ist großteils dem kräftigen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne geschuldet (II. Quartal +7,6% gegenüber dem Vorjahr).

3.1 Verbreiteter Pessimismus in den heimischen Unternehmen

Immer mehr Unternehmen beklagen eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, vor allem auf den Auslandsmärkten.

Die Einschätzungen der heimischen Unternehmen zur Wirtschaftslage blieben auch im Juli äußerst pessimistisch. Die negative Stimmung hält nun bereits seit etwa einem Jahr an und ist insofern einzigartig seit Erhebungsbeginn des WIFO-Konjunkturtests im Jahr 1996. Auch die Produktionserwartungen bleiben sehr trüb. Die Kapazitätsauslastung betrug im Juli im Durchschnitt aller befragten Industrieunternehmen 78,2%. Damit stagnierte sie seit einem Jahr und lag um etwa 4 Prozentpunkte unter dem langjährigen Mittelwert. Hinsichtlich der Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten nahm der Anteil der Unternehmen, die eine Verschlechterung meldeten, abermals zu. Obwohl dieser Anteil bereits vor einem Jahr den höchsten Wert seit Erhebungsbeginn erreicht hatte, ist er seither nochmals eklatant angestiegen. Umgekehrt blieb die gesicherte Produktionsdauer mit 4,1 Monaten leicht überdurchschnittlich.

Die finanzielle Situation der privaten Haushalte hat sich verbessert. Aus Vorsicht und wegen gestiegener Zinsen wird aber auch mehr gespart.

Auch im Dienstleistungsbereich notieren die Stimmungsindikatoren deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch in Bezug auf die unternehmerischen Erwartungen. Das Verbrauchervertrauen hat sich in den letzten Monaten hingegen aufgehellt. Vor allem die eigene finanzielle Situation wird mittlerweile wieder besser eingeschätzt. Gleichzeitig gehen immer mehr Befragte von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, was das Vorsichtsparen verstärkt und die Konsumnachfrage dämpft. Eine zusätzliche Belastung für den privaten Konsum sind die gestiegenen Zinsen. Zwar nahm der Anteil der Konsument:innen, die meinen, derzeit sei ein guter Zeitpunkt für größere Anschaffungen, zuletzt wieder zu. Er liegt aber noch auf äußerst geringem Niveau, während der Anteil jener, die einen guten Zeitpunkt zum Sparen erkennen, seit der Zinswende sukzessive gewachsen ist.

3.2 Nachhaltiger Rückgang der Inflation in Österreich

Der Inflationsabstand zwischen Österreich und dem Durchschnitt des Euro-Raumes verringerte sich in den letzten Monaten schrittweise. Hatte er im Dezember 2023 noch 2,8 Prozentpunkte betragen, so waren es im Jänner 2024 nur mehr 1,5 Prozentpunkte und im April 1,0 Prozentpunkte. Im Juli dürften die Verbraucherpreise in Österreich nach vorläufiger Schätzung um 2,9% höher gewesen sein als im Vorjahr (laut HVPI); im Euro-Raum betrug der Anstieg 2,6%. Damit war der Inflationsabstand zwar weiterhin positiv, mit 0,3 Prozentpunkten unterschritt er jedoch den Durchschnitt der Periode 2011/2021 (0,6 Prozentpunkte), in der Österreich eine höhere Trendinflation verzeichnet hatte.

Eine günstigere Entwicklung der Energiepreise und der Kerninflation dämpfte die Überinflation Österreichs gegenüber dem Euro-Raum.

Die Überinflation in Österreich war im Jahr 2023 sowohl dem kräftigeren Energiepreisanstieg als auch einer höheren Kerninflationsrate geschuldet. Beide Komponenten trugen im laufenden Jahr zur Annäherung der Inflationsraten bei. Der Abstand der Kerninflationsraten verkleinerte sich von 2,5 Prozentpunkten im Dezember 2023 auf 1 Prozentpunkt im Juni 2024 und dürfte sich im Juli weiter verringert haben¹⁾. Die "Normalisierung" des Inflationsabstandes bedeutet aber auch, dass die Preisanstiege in Österreich weiter höher sind als im Durchschnitt des Euro-Raumes und der Abstand der Verbraucherpreise weiter zunimmt.

Vor allem in den Dienstleistungen ist die Inflationsdynamik hierzulande noch überdurchschnittlich. Beherbergungs- und Bewirtungsdienstleistungen hatten sich in Österreich aufgrund der kräftig wachsenden Nachfrage bereits ab 2011 stärker verteuert als im Euro-Raum insgesamt. Die Überinflation in den Dienstleistungen beschleunigte sich in den letzten Jahren weiter, am Höhepunkt Ende 2023 betrug sie 3,5 Prozentpunkte. Bis Juni 2024 nahm der Abstand auf 1,8 Prozentpunkte ab.

Als Grund für die übermäßige Verteuerung der Dienstleistungen werden oft die kräftigen Lohn-erhöhungen ins Treffen geführt. Der Anstieg des Tariflohnindex beschleunigte sich von rund 3% vor der Herbstlohnrunde 2022 auf 8% Mitte 2023 und weiter auf 9% Anfang 2024. Seither schwächte er sich nur leicht ab (auf 8,4% im Juni). Gleichzeitig mit der Beschleunigung des Tariflohnwachstums nahm im Oktober 2022 der Abstand der Kerninflationsraten zu. Eine ökonomische Analyse²⁾ bestätigt, dass es Lohnschocks gab, ihr Beitrag zum überdurchschnittlichen Anstieg der Kerninflation in Österreich war jedoch eher gering (Abbildung 2).

In Österreich fehlte ein koordiniertes Vorgehen gegen die hohe Inflation. Die kräftigen Lohnsteigerungen waren für sie nicht haupt-, aber mitverantwortlich.

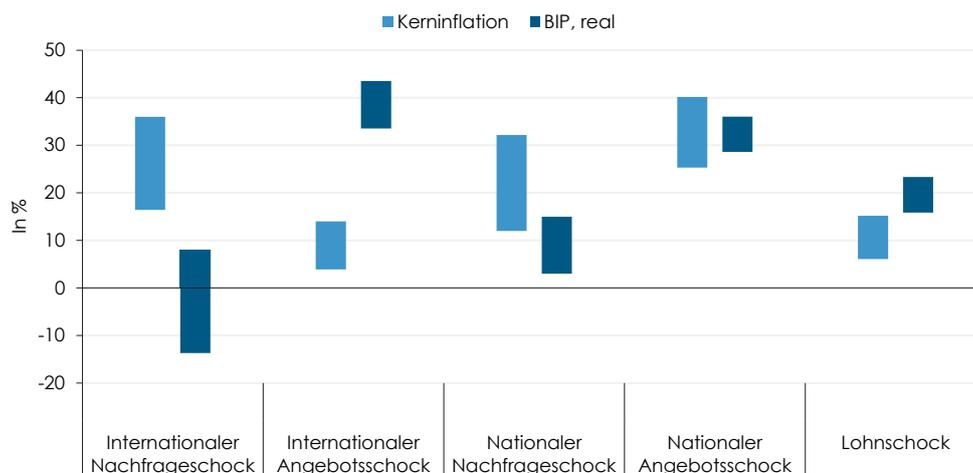
¹⁾ Die Kerninflationsrate ist in der Anfang des Monats veröffentlichten Schnellschätzung noch nicht enthalten.

²⁾ Siehe dazu näher Schiman-Vukan, S. (2023). Austria's (Over)Inflation and Its Main Sources. *WIFO Research Briefs*, (9). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/35961214>.

Von höherer Bedeutung war hingegen die lebhaft internationale Nachfrage nach Freizeit- und Tourismusdienstleistungen, also jener Faktor, der die heimischen Dienstleistungspreise schon ab 2011 überdurchschnittlich getrieben hatte. Darüber hinaus spielten österreichspezifische Impulse eine gewisse Rolle für die Überinflation im Jahr 2023, darunter die durch den Zuzug bedingte Bevölkerungsexpansion, die einkommensstützende Fiskalpolitik (Klimabonus, Abschaffung der kalten Progression), die schwächere Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität sowie der geringere Einsatz preisdämpfender Maßnahmen³⁾.

Angesichts der relativ hohen Bedeutung nachfrageseitiger Faktoren für die höhere Kerninflation – sie erklären 40% bis 55% der Überinflation – stellt sich die Frage, wie es möglich war, dass Österreichs BIP 2023 um 0,8% schrumpfte, während der Euro-Raum im Durchschnitt um 0,4% expandierte. Wie Abbildung 2 zeigt, ist dies fast gänzlich auf angebotsseitige Faktoren zurückzuführen. Die positiven Konjunkturreffekte der kräftigen Nachfrage waren 2023 bereits ausgelaufen, während ihre preistreibenden Wirkungen erst verzögert zur Geltung kamen. Die ungünstigen Angebotsschocks wirkten 2023 hingegen gleichzeitig preistreibend und konjunkturdämpfend.

Abbildung 2: **Beitrag verschiedener Schocks zu Überinflation und Minderwachstum in Österreich**



Q: WIFO-Berechnungen. Die Balken zeigen die Bandbreite der geschätzten prozentuellen Anteile verschiedener Schocks an der durchschnittlichen Differenz der Kerninflation und der Vorjahresveränderungen des realen BIP zwischen Österreich und dem Euro-Raum im Zeitraum Oktober 2022 bis April 2024 (+2,2 bzw. -1,0 Prozentpunkte). Die strukturellen Schocks werden im Rahmen von Vektorautoregressionen identifiziert (siehe Schiman-Vukan, 2023). Die Bandbreiten umfassen die mittleren Beiträge der Schocks in verschiedenen Modellspezifikationen.

Insgesamt bestätigt die Analyse, dass es in Österreich keine koordinierte Strategie gegen die (Über-)Inflation gab: Die öffentliche Hand priorisierte einkommensstützende Maßnahmen, um

³⁾ Für diese Diagnose wurde das Modell in verschiedene Richtungen erweitert, um auf nationaler Ebene Arbeitsangebots-, Produktivitäts- und Preisschocks zu identifizieren.

nicht in die Preisbildung einzugreifen (welche jedoch auf unvollkommenen Märkten hohe Zufallsgewinne verursachte), die Sozialpartner hatten kein gemeinsames Konzept einer Lohn-Preis-Regulierung, die Unternehmen erhöhten angesichts der robusten Nachfrage kräftig die Preise und die Gewerkschaften setzten vor dem Hintergrund der Arbeitskräfteknappheit hohe Lohnabschlüsse durch.

3.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nehmen zu

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten war in Österreich im II. Quartal 2024 um 10.800 bzw. 0,3% höher als im Vorjahr. Die zusätzlichen Stellen entfielen sämtlich auf den öffentlichen Sektor (+26.400 bzw. +2,6% gegenüber dem Vorjahr), davon 12.600 Stellen auf die allgemeine Verwaltung, 10.800 auf das Gesundheits- und Sozialwesen und 3.000 auf Erziehung und Unterricht. In den anderen Bereichen der Volkswirtschaft schrumpfte die Beschäftigung in Summe. Zwar entstanden auch in einigen weniger konjunktur reagiblen Dienstleistungsbranchen zusätzliche Arbeitsplätze, dieser Anstieg wurde aber durch Rückgänge in anderen Branchen, insbesondere im sekundären Sektor, mehr als ausgeglichen. Die Industrie verzeichnete im II. Quartal um 5.700 bzw. 0,8% weniger Beschäftigungsverhältnisse als im Vorjahr, das Bauwesen um 8.700 bzw. knapp 3%.

Die Beschäftigung steigt vor allem im öffentlichen Sektor. Der Anstieg des gesetzlichen Pensionsantrittsalters sorgt für eine steigende Frauenbeschäftigung.

Nicht nur nach Branchen, auch nach Geschlecht entwickelte sich die Beschäftigung zuletzt unterschiedlich. Während die Zahl der unselbständig aktiv beschäftigten Männer im II. Quartal um 9.500 bzw. 0,4% geringer war als im Vorjahr, fiel jene der Frauen um 20.300 bzw. 1,1% höher aus. Die positive Beschäftigungsdynamik unter den Frauen ist fast ausschließlich den ab 60-Jährigen zuzuschreiben. In dieser Gruppe hat sich der Beschäftigungszuwachs mit der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters per Jänner 2024 kontinuierlich beschleunigt, von unter 4.000 im Jahresdurchschnitt 2023 auf knapp 17.000 im Juni 2024. Die Beschäftigung von Inländer:innen fiel im II. Quartal 2024 um 14.000 bzw. 0,5% geringer aus als im Vorjahr, jene der Ausländer:innen um 24.800 bzw. 2,5% höher.

Die gleichzeitige Zunahme von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit deutet auf ausgeprägte Arbeitsangebotseffekte hin.

Die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters, der Zustrom aus dem Ausland sowie die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt erhöhen das Arbeitskräfteangebot. Seit dem Frühjahr 2023 steigen daher Beschäftigung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig – ein Phänomen, das zuletzt von 2011 bis 2016 in Folge der "Ostöffnung" des Arbeitsmarktes zu beobachten war. Im II. Quartal 2024 waren um 26.200 bzw. 10,5% mehr Arbeitslose beim AMS registriert als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit nahm in allen Altersgruppen bis auf die 55- bis 59-jährigen Frauen zu. Bei den ab 60-jährigen Frauen betrug der Anstieg im Juli rund 3.200 gegenüber dem Vorjahr. 2023 hatte die Arbeitslosigkeit in dieser Personengruppe noch stagniert.

Der Trend der gleichzeitigen Ausweitung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit dürfte sich im Juli fortgesetzt haben. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote betrug nach vorläufiger Schätzung 7,1% und ist damit seit ihrem Tiefpunkt zwischen Mitte 2022 und Anfang 2023 um 0,9 Prozentpunkte gestiegen.

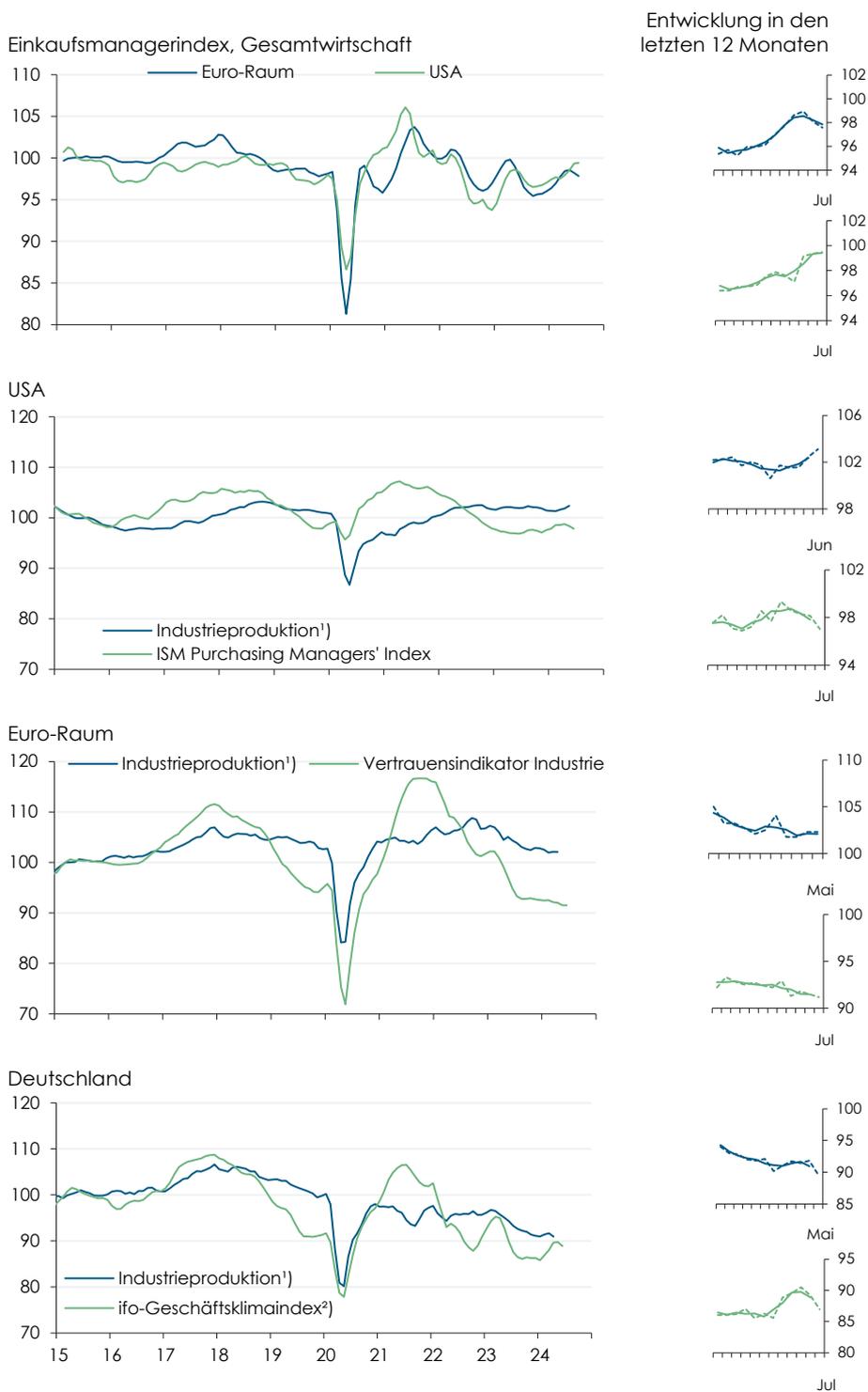
Wien, am 8. August 2024

Rückfragen bitte am Donnerstag, dem 8. August 2024, zwischen 9 und 15 Uhr, an
Dr. Stefan Schiman-Vukan, MSc, Tel. (1) 798 26 01 – 234, stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar",
<https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

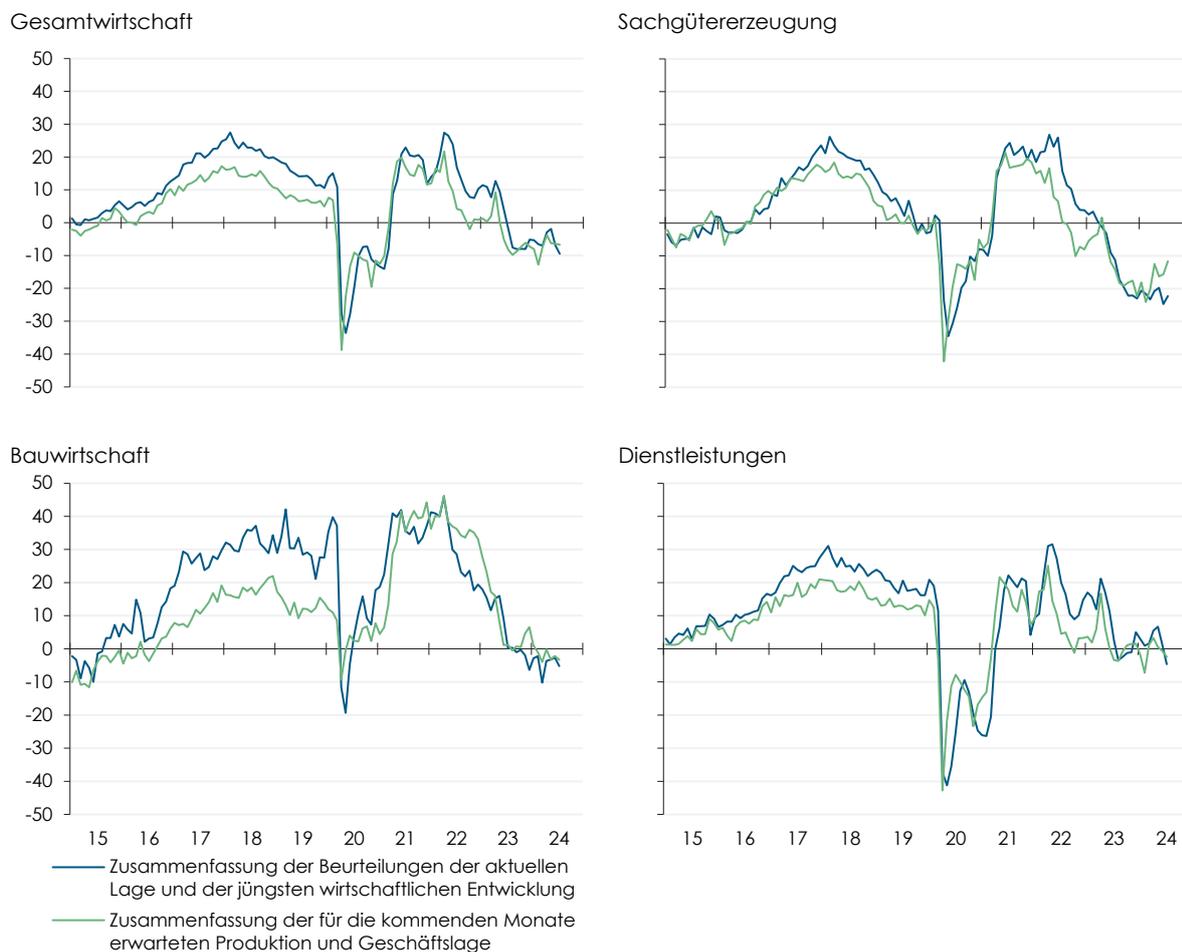
Abbildung 3: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



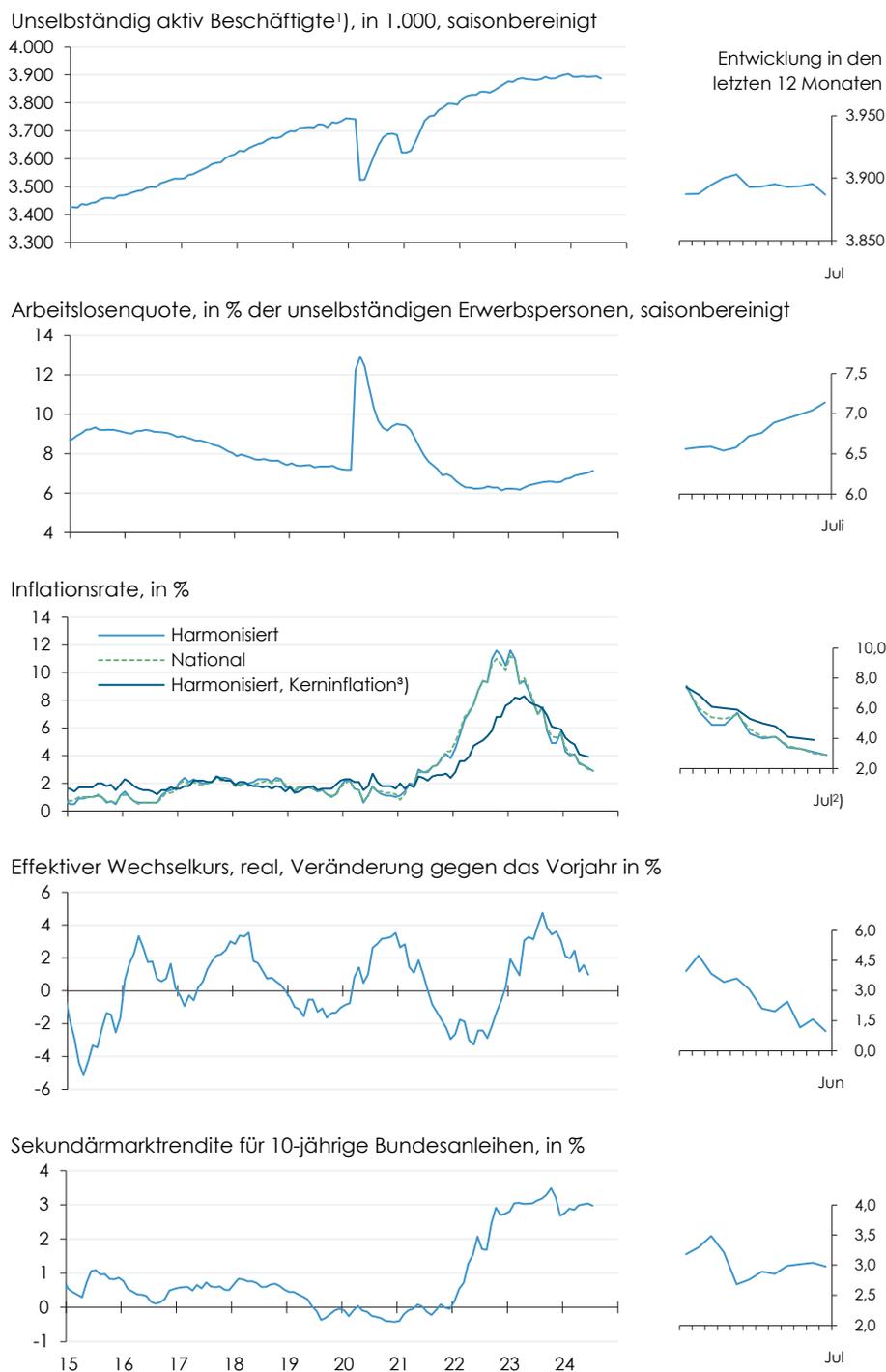
Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – ¹⁾ ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

Abbildung 4: Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Abbildung 5: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Schnellschätzung von Statistik Austria. – 3) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.